

Pressemitteilung 14/2025

Halle (Saale), den 10. April 2025

In Ostdeutschland ist die Wirtschaft wie im Westen in der Krise Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2025 und amtlicher Länderdaten für die ostdeutsche Wirtschaft

Im Jahr 2024 ist die Wirtschaft in Ostdeutschland um 0,1% geschrumpft, in Deutschland insgesamt um 0,2%. Für das Jahr 2025 rechnet das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) für Ostdeutschland mit einer Stagnation, für 2026 mit einem Zuwachs von 1,1%. Die Arbeitslosenquote dürfte laut IWH-Prognose in den Jahren 2025 und 2026 jeweils 7,8% betragen, nach 7,5% im Jahr 2024.

Sperrfrist:

10. April 2025, 12:30 Uhr

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner

Oliver Holtemöller
oliver.holtemoeller@iwh-halle.de

Politische Ressorts

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), Bundesministerium der Finanzen (BMF), Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Bundesministerium des Innern (BMI), Bundeskanzleramt, Wirtschaftsministerien der Neuen Länder

Wissenschaftliche Schlagwörter

Arbeitsmarkt, Bruttoinlandsprodukt, Demographie, Dienstleistungen, Exporte, Konjunktur, Konvergenz, Ostdeutschland, Ost-West-Vergleich, Produktion, Prognose, Zölle

Aktueller Bezug

halbjährliches Gutachten der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose im Auftrag der Bundesregierung

Leibniz-Institut für

Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

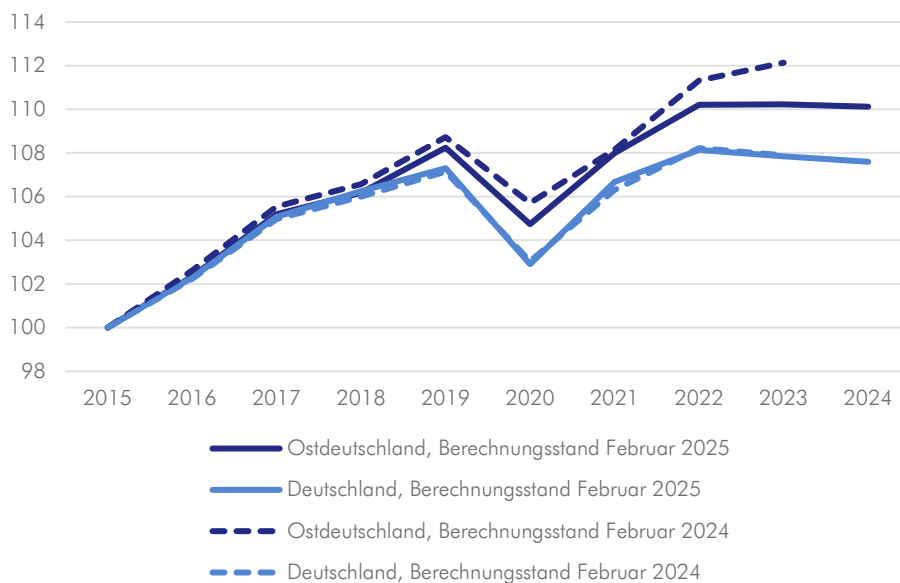
Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Abbildung

Bruttoinlandsprodukt in Deutschland und Ostdeutschland

Indizes, 2015 = 100



Quellen: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1; Berechnungsstand Februar 2025 und Berechnungsstand August 2023/Februar 2024.

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose konstatiert in ihrem [Frühjahrgutachten](#), dass sich die deutsche Wirtschaft seit Ende des Jahres 2023 in der Krise befindet und dass die neuen US-Zölle sowie die hohe politische Unsicherheit die Aktivität im Jahr 2025 belasten werden. Das gilt auch für Ostdeutschland, auch wenn Exporte in

die USA eine geringere Rolle spielen als für die westdeutsche Wirtschaft. Im Vorjahr ist das Bruttoinlandsprodukt in Ostdeutschland mit 0,1% einen Deut weniger zurückgegangen als in Westdeutschland (-0,3%). Dabei legte die Produktion in Berlin um 0,8% zu, während sie in den ostdeutschen Flächenländern um 0,5% sank. Mit der amtlichen Veröffentlichung der Produktionszahlen im März 2025 wurden frühere Jahresergebnisse revidiert: Das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands ist für die vergangenen Jahre nach unten korrigiert worden (vgl. Abbildung). Nach dem Berechnungsstand vom Frühjahr 2024 war es im Jahr 2023 um 12,1% höher als im Jahr 2015, nach aktuellem Berechnungsstand nur um 10,2%. Besonders stark fiel die Revision des kumulierten Zuwachses für Brandenburg (4,5% statt 11,6%), Mecklenburg-Vorpommern (7,3% statt 13,3%) und Sachsen-Anhalt (-0,1% statt 3,3%) aus. Die ostdeutsche Wirtschaft ist in den vergangenen zehn Jahren nur deshalb etwas schneller gewachsen als die deutsche insgesamt, weil in Berlin die Dienstleistungen stark zulegen.

„In den kommenden Jahren wird der demographisch bedingte Schwund an Arbeitskräften die ostdeutsche Wirtschaft zunehmend belasten“, sagt Oliver Holtemöller, Leiter der Abteilung Makroökonomik und Vizepräsident am IWH. Schon im vergangenen Jahr ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Osten um 0,1% zurückgegangen, während sie im Westen um 0,4% zugelegt hat. Zudem dürfte das Gros der Rüstungsinvestitionen in Westdeutschland erfolgen, denn dort liegen die Schwerpunkte der deutschen Rüstungsindustrie. Alles in allem dürfte die Produktion in Ostdeutschland im Jahr 2025 stagnieren (Deutschland +0,1%). Im Jahr darauf ist die Expansion nach vorliegender Prognose mit 1,1% um zwei Zehntel Prozentpunkte geringer als in Deutschland insgesamt. Die Arbeitslosenquote dürfte in den Jahren 2025 und 2026 mit jeweils 7,8% etwas höher liegen als im Jahr 2024 (7,5%).

Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2025:

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Geopolitischer Umbruch verschärft Krise – Strukturreformen noch dringlicher. Essen, April 2025.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller
Tel +49 345 7753 800
Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt

Stefanie Müller-Dreißigacker
Tel +49 345 7753 720
presse@iwh-halle.de

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)
Tel +49 345 7753 60
www.iwh-halle.de



Das IWH auf [Bluesky](#)



Das IWH auf [LinkedIn](#)



Das IWH auf [Facebook](#)

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 97 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.